

Treiben Sorgen und Ängste den »populistischen Zeitgeist«?

Eine Untersuchung von Erscheinungsformen, Verbreitung und Determinanten populistischer Einstellungen

Luigi Droste

1. Einleitung¹

Derzeit scheint es, als ob sich Populismus in den westlichen Demokratien des 21. Jahrhunderts fest etabliert hat. Seit längerem ist nun schon von einem »populistischen Zeitgeist« (Mudde 2004) die Rede. Dieser äußert sich nicht allein im Gebrauch populistischer Argumentationsfiguren in der politischen Öffentlichkeit (Rooduijn 2014a; Rooduijn/Akkerman 2017), sondern drückt sich auch auf der politischen Nachfrageseite aus, in dem zunehmenden Anteil von Wählern, die für populistische Parteien votieren (van Kessel 2015; Mudde 2016). In den Massenmedien und der sozialwissenschaftlichen Fachdiskussion werden die Gründe für den Aufstieg eines solchen populistischen Zeitgeists derzeit breit diskutiert. Die Suche nach den Gründen betrifft dabei auch die politische Nachfrageseite: Wer sind die Wähler populistischer Parteien und was bewegt sie?

Aktuell kursieren in der Diskussion diesbezüglich verschiedene Erklärungsangebote. Immer wieder werden dabei Ängste und Sorgen als Treiber der Popularität des Populismus thematisiert. Insbesondere wird in diesem Zusammenhang auf materiell bezogene Statussorgen verwiesen. Demnach haben sich insbesondere in Teilen der gesellschaftlichen Mitte im Kon-

¹ Für hilfreiche Kommentare, wertvolle Anmerkungen und inspirierende Hinweise bedanke ich mich herzlich bei Jan Delhey und Christiane Lübke sowie Behrouz Alikhani und Joachim Renn.

text einer »Angstgesellschaft« (Bude 2014) oder gar »Abstiegsgesellschaft« (Nachtwey 2016) Sorgen vor zukünftigen Wohlstandseinbußen entwickelt. Es ist von Globalisierungsverlieren die Rede, die mit gesellschaftlichen Entwicklungen nicht mehr Schritt halten können und getrieben von ihrer Angst, abgehängt zu werden, populistische Parteien wählen (Kriesi et al. 2008; Goodhart 2017; Kraemer 2018).

Vor diesem Hintergrund möchte ich in diesem Beitrag der Frage nachgehen, *ob* und *inwiefern* es finanzielle Zukunftssorgen und Ängste vor künftigen Wohlstandseinbußen sind, die für viele Populismus so attraktiv erscheinen lassen. Dieser von vielen Seiten bemühten *Statussorghese* möchte ich zwei weitere nachfrageseitige Erklärungsangebote aus der Literatur gegenüberstellen und auf ihren Erklärungsgehalt hin diskutieren und testen: (a) das Gefühl, nicht das zu bekommen, was einem eigentlich rechtmäßig zusteht (*relative Deprivationsthese*) und (b) die Sehnsucht nach Übersichtlichkeit und Kontrolle (*Komplexitätsthese*).

Dabei motivieren mehrere Beobachtungen mein Vorgehen. Erstens wissen wir empirisch nur wenig über den Zusammenhang zwischen den Sorgen und Ängsten der Menschen und Populismus, obgleich Bedrohungsempfindungen gerade beim Thema Rechtspopulismus prominent diskutiert werden (Oesch 2008; Lengfeld/Dilger 2018; Rippl/Seipel 2018). Zweitens bleibt weitestgehend unklar, ob die Attraktivität populistischer Ideen und Parteien tatsächlich primär auf Ängste und Bedrohungswahrnehmungen zurückgeht oder sich nicht vielmehr durch andere Stimmungslagen wie Frustration, Ressentiments, Trotz, Wut, Hilflosigkeit oder Sozialneid erklären lässt (Rico et al. 2017; Salmela/von Scheve 2017; Mudde/Kaltwasser 2018). Drittens ist es in der empirischen Wahlsoziologie gängige Praxis, Populismus über die klassische »Sonntagsfrage« (oder verwandte Indikatoren) zu operationalisieren. In diesem Beitrag greife ich auf ein Erhebungsinstrument zurück, das von Wahlabsicht (oder Parteibindung) absieht und populistische Einstellungsmuster *per se*, jenseits von klassischen Entweder-oder- bzw. Links-rechts-Zuschreibungen, graduell entlang der populistischen Kernelemente *Volkssouveränität*, *Anti-Pluralismus* und *Anti-Elitismus* misst (Akkerman et al. 2014; Spruyt et al. 2016).

Der Beitrag gliedert sich in fünf Abschnitte. Im folgenden Abschnitt zeige ich, was unter Populismus in der aktuellen Diskussion verstanden wird und welche Möglichkeiten zur nachfrageseitigen Messung sich bislang in der empirischen Forschung etabliert haben. Anschließend diskutiere ich

unterschiedliche Erklärungsangebote aus der Literatur und leite auf dieser Basis entsprechende Hypothesen ab. Nach einem Überblick über Daten und Methodik präsentiere ich die deskriptiven und multivariaten Ergebnisse meiner Analysen. Der Beitrag schließt mit einer Diskussion der Befunde und Implikationen für zukünftige Forschung.

2. Was ist Populismus und wie kann man ihn messen?

In den Sozialwissenschaften hat sich mittlerweile ein Verständnis von Populismus als einer »dünnen Ideologie« (Mudde 2004) weitgehend durchgesetzt, deren Kern ein moralisierender Anti-Elitismus und Alleinvertretungsanspruch eines gleichartigen Volkswillens ist (Taggart 2000; van Kessel 2015; Müller 2016).

»Populism is an ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic groups, ›the pure people‹ versus the ›corrupt elite,‹ and which argues that politics should be an expression of the *volonté générale* (general will) of the people.« (Mudde 2004: 543)

Demnach ist Populismus sowohl in nationalstaatlich-sozialistischen als auch in völkisch-neoliberalen Ausformungen stets durch drei zentrale Ideen gekennzeichnet. Dazu zählt erstens der Glaube an *Volkssouveränität*. Von zentraler Bedeutung ist der direkte und unmittelbare Alleinvertretungsanspruch für »das Volk«. So ist z. B. die Einführung plebiszitärer Elemente wie Volksentscheide, als Ausdruck des Volkswillens, eine häufige Forderung, die populistische Wähler und Politiker europaweit aus allen politischen Spektren gemeinsam haben (Jacobs et al. 2018). Zweitens beinhaltet Populismus stets einen *Anti-Pluralismus*. Populismus zeichnet der Glaube aus, dass die Gesellschaft letztendlich nur aus zwei in sich homogenen und konträren Gruppen besteht – dem Volk auf der einen Seite und dem (politischen) Establishment auf der anderen. Ganz zentral für eine solche Dichotomisierung von Gesellschaft ist natürlich, wer zum Volk dazugehört bzw. dazugehören darf und wer nicht. Hier kann es dann zusätzlich zur vertikalen Unterscheidung zwischen Volk und Establishment zu einer horizontalen Unterscheidung zwischen bestimmten Bevölkerungsgruppen kommen. Das Volk kann dabei als völkische Gemeinschaft über Abstammung definiert werden,

aber auch im Sinne funktionaler Zugehörigkeit, wie z. B. die Steuerzahler, die hart arbeitende Bevölkerung, die guten Bürger oder die kleinen Leute (Taggart 2000). Drittes Merkmal ist ein moralisierender *Anti-Elitismus*. Denn populistischer Anspruch ist es, den Willen eines reinen und anständigen Volkes gegenüber einem unmoralischen und korrupten Establishment durchzusetzen. Neben Wirtschafts- und Finanzeliten, Kultureliten und den etablierten Massenmedien stehen vor allem politische Eliten (Berufspolitiker) und demokratische Institutionen (etablierte Parteien, EU) im Zentrum des Protests und der Kritik.

In wahlsoziologischen Studien wird Populismus typischerweise über die hypothetische Wahlentscheidung (»Sonntagsfrage«) oder die konkrete Parteibindung (Parteiidentifikation) operationalisiert. Hier werden dann oftmals intuitiv *a priori*-Klassifizierungen von Parteien in entweder »populistisch« oder »nicht populistisch« vorgenommen. Ich möchte im Folgenden Populismus auf Basis eines Erhebungsinstruments in den Blick nehmen, mit dem eine populistische Einstellung bzw. der populistische Zeitgeist innerhalb der Wählerschaft als graduelles Merkmal erhoben werden kann (Akkerman et al. 2014; Spruyt et al. 2016). Dieses Populismusmaß basiert auf Einstellungen in Bezug auf die drei oben benannten populistischen Kernideen – *Volkssouveränität*, *Anti-Pluralismus* und *Anti-Elitismus*. Bislang ist dieses Messinstrument, in zum Teil modifizierter Form, in der empirischen Forschung nur vereinzelt in verschiedenen nationalen Kontexten zur Anwendung gekommen (Hawkins et al. 2012; Rooduijn 2014b; Elchardus/Spruyt 2016; Vehrkamp/Wratil 2017). Populistische Einstellungen wurden in diesen Studien typischerweise rein deskriptiv mit der Wahlabsicht abgeglichen und vereinzelt als erklärende Variable verwendet (z. B. Jacobs et al. 2018; van Hauwaert/van Kessel 2018). Solche Analysen zeigen zwar einen Zusammenhang zwischen populistischen Einstellungen und der Wahl populistischer Parteien. Die Richtung dieser Kausalbeziehung verbleibt jedoch unklar. Einerseits ist es denkbar, dass Anhänger populistischer Parteien deren angebotene Deutungsmuster einfach übernehmen. Andererseits ist es auch möglich, dass das Angebot populistischer Parteien auf vorhandene populistische Einstellungsmuster trifft und dann gerade aus diesem Grund erfolgreich ist. Bislang haben lediglich Spruyt et al. (2016) und Elchardus/Spruyt (2016), ausgehend von der Modernisierungsverlierer-These, potenzielle Erklärungsfaktoren für populistische Einstellungsmuster anhand einer Bevölkerungsbefragung in Flandern (Belgien) analysiert.

Die Messung von Populismus über ein Set an Einstellungen ist durchaus von Vorteil. So werden nicht wie auf Basis der »Sonntagsfrage« Befragte über ihre Wahlabsicht entweder als »Populisten« oder »Nicht-Populisten« eingestuft. Es sind vielmehr graduelle Unterschiede und Abstufungen möglich. Auf diese Weise lassen sich nicht allein zum Teil problematische *a priori*-Zuweisungen von Parteien umgehen, sondern auch Nichtwähler und Unentschiedene in die Analysen einbeziehen. Gemessen wird dabei nicht ein expressiver Populismus (Wahlverhalten, Parteibindung), wie dies typischerweise der Fall ist. Vielmehr wird ein latenter Populismus abgefragt, also ein populistisches Potenzial, das sich nicht unbedingt direkt in Wahlverhalten ausdrücken muss (Akkerman et al. 2014), das aber einen alternativen und differenzierteren Blick auf Reichweite und Gruppenspezifika eines populistischen Zeitgeists ermöglicht.

3. Warum ist Populismus so populär?

In der Literatur werden insbesondere drei nachfrageseitige Erklärungsangebote für die Attraktivität des Populismus diskutiert: (a) Die materiell bezogene Sorge vor zukünftigen Wohlstandseinbußen (*Statussorgenthese*), (b) das Gefühl, nicht das zu bekommen, was einem eigentlich rechtmäßig zusteht (*relative Deprivationsthese*) und (c) die Sehnsucht nach Übersichtlichkeit und Kontrollierbarkeit infolge gesellschaftlicher Komplexitätssteigerung (*Komplexitätsthese*).²

2 Ein weiteres prominentes Erklärungsangebot wird derzeit unter dem Begriff der *Cultural Backlash-These* verhandelt (Inglehart/Norris 2016; Lengfeld/Dilger 2018), das ich allerdings im Folgenden nicht berücksichtigen kann. Bislang ist die *Cultural Backlash-These* in der empirischen Wahlsoziologie ausnahmslos auf rechtspopulistische Parteien bezogen worden. Typischerweise wird hier eine Konfliktlinie zwischen »kosmopolitischen« und »kommunitaristischen« Wähler betont, die über die Einstellung in Hinblick auf Einwanderungsfragen getestet wird. Obwohl die *Cultural Backlash-These* keinesfalls allein als Erklärung rechtspopulistischer Tendenzen fungieren muss, sondern theoretisch auch auf linkspopulistische Erscheinungen bezogen werden kann, existieren bislang keine Überlegungen in der Literatur zu einer Operationalisierung der *Cultural Backlash-Idee*, die nicht nach nativistischem, sondern nach einem generelleren, populistisch-orientierten, nach »bodenständigem« Zuschnitt erfolgt (siehe Mudde/Kaltwasser 2018).

Die Statussorgethese: Populismus und die »Angstgesellschaft«

Die sozialen Wandlungsprozesse der letzten Jahrzehnte scheinen für den Einzelnen und verschiedene soziale Gruppen ein Mehr an Unsicherheiten mit sich gebracht zu haben (Blossfeld et al. 2007; Nachtwey 2016). Auch wenn sich solche »neuen« Unsicherheiten zwar nicht bedingungslos jenseits von Stand und Klasse ausgebreitet haben, scheinen sich gerade subjektive Abstiegs- und Statussorgen vermehrt auch in sicheren Lagen der gesellschaftlichen Mitte festgesetzt zu haben (Kraemer 2010; Schimank et al. 2014). Vor dem Hintergrund der These einer verängstigten Mitte wird von einigen Seiten auf die Attraktivität populistischer Parteien für die Mittelschichten im Besonderen verwiesen (Bude/Staab 2017; Antonucci et al. 2017; Koppetsch 2017). Wie wahlsoziologische Untersuchungen zeigen, stammt tatsächlich ein Großteil der populistischen Wähler aus mittleren und eher wohlständigen gesellschaftlichen Lagen (Oesch 2008; Gidron/Hall 2017; Bergman et al. 2017; Lengfeld/Dilger 2018).

Auf Basis solcher struktureller Überlegungen lässt sich allerdings nicht ohne Weiteres auf die Bedeutung von subjektiv empfundenen materiellen Sorgen für Wahlentscheidungen schließen. Wie empirische Befunde deutlich machen, sind viele der soziologischen Zeitdiagnosen einer »Mitte in Angst« überzeichnet – obgleich zuzugeben ist, dass statusbezogene Ängste durchaus kein alleiniges Attribut unterer sozialer Lagen sind, sondern bis in sichere und wohlständische Lagen hineinreichen können (Lübke/Erlinghagen 2014; Delhey et al. 2017; Lengfeld/Ordemann 2017).

Lässt sich überhaupt ein empirischer Zusammenhang zwischen materiellen Sorgen und populistischen Sympathien ausmachen? Obgleich Analysen mit dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) zur AfD-Anhängerschaft in Hinblick auf Statussorgen nur bedingt Evidenz erbringen (Lengfeld/Dilger 2018), zeigen Hilmer et al. (2017) auf Basis einer eigenen Online-Befragung, dass sich AfD-Wähler mehr Sorgen um die eigene wirtschaftliche Zukunft und die Absicherung im Alter machen als Wähler anderer Parteien. Gleiches wird auch in einer Studie zur Wahrscheinlichkeit, beim Brexit-Referendum für »Leave« zu stimmen, belegt (Hobolt 2016). Wie deskriptive Analysen auf Basis von Daten eines Online-Surveys in den USA verdeutlichen, kennzeichnen Trump-Wähler im Gegensatz zu Clinton-Wählern im Durchschnitt u. a. eine ausgeprägtere Angst vor sozialem Abstieg (Oliver/Rahn 2016). Die politischen Konsequenzen von sozialen Abstiegsängsten werden ebenfalls im

Rahmen qualitativer Forschungsdesigns thematisiert. Studien zeigen hier, wie sich Statusängste in bestimmten sozialen Gruppen infolge wirtschaftlicher Umbrüche in populistische Orientierungen und Protestwahlverhalten übersetzen können (Flecker et al. 2007; Gest 2016; Hochschild 2016).

Warum aber sollte eine politische Orientierung, die auf populistischen Ideen basiert, für viele in einer angstbestimmten Gegenwartsgesellschaft so attraktiv erscheinen? Unter der Annahme, dass es sich beim Populismus um eine mögliche Verarbeitungsform von Ängsten und Sorgen handelt, bleibt klärungsbedürftig, worin die besondere Attraktivität gerade dieser Art von Bewältigung besteht. Denn schließlich bieten moderne Gesellschaften ein durchaus breites Spektrum an möglichen Coping-Optionen. Wie Hogg (2000: 224) bemerkt: »uncertainty [...] ›drives‹ people to join groups«. In der Tat scheinen sich infolge von Individualisierungsprozessen, gesellschaftlicher Differenzierung und damit einhergehender Verunsicherung neue Formen der Vergemeinschaftung zu ergeben (Beck 1986). Eine spezielle Form einer solchen Vergemeinschaftung stellen populistische Parteien und Bewegung dar (Reckwitz 2017; Blühdorn/Butzlaff 2018).

In einer Gesellschaft, in der vieles verstärkt einer Marktlogik folgt und in der Erfolge und Misserfolge individualisiert bzw. »Systemprobleme in persönliches Versagen abgewandelt« (Beck 1986: 117) werden, fehlen dem Einzelnen zunehmend die Grundlagen für Zugehörigkeitsgefühle und Solidaritätsvorstellungen. Obwohl die Ursprünge »neuer« Unsicherheiten gesamtgesellschaftlicher und bisweilen sogar globaler Natur sind, werden sie doch im Alltag der »Angstgesellschaft« als individuelle Unsicherheiten erfahren. Die Ängste der Gesellschaft scheinen eben nicht so sehr die Angst zu betreffen, »als Gruppe oder Kollektiv gedemütigt und vergessen zu werden, sondern als Einzelne auszurutschen, das Gleichgewicht zu verlieren und im freien Fall ohne den Schirm eines haltenden Milieus oder einer traditionellen ›Verliererkultur‹ abzustürzen und im sozialen Nichts zu verschwinden« (Bude 2014: 21). Auf diese Weise werden dann solche Identitätskonstruktionen, bei denen Solidarität mit und Zugehörigkeit zu anderen Gruppenmitgliedern abseits von Konkurrenz gemeinsam auf Basis geteilter Sorgen, Ängste und Normen inszeniert und erlebt werden können, zunehmend gefragter und avancieren zu wichtigen Reservoirs für Status und Selbstwert.

Die Attraktivität populistischer Ideen gründet neben diesem Zugriff auf exklusive Solidarität und bewährte Wir-Identitäten auf der Attribuierung bzw. Personalisierung von Verantwortung und Schuld. Ganz ähnlich wies

schon Geiger (1930) darauf hin, dass die politische Radikalisierung in der Weimarer Republik als Ausdruck einer »Panik im Mittelstand« zu verstehen ist, die wiederum die Folge antizipierter Abstiegsbefürchtung und Statusbedrohung darstellt. Deklassierungsängste und die Scham über sozialen Abstieg äußern sich dann in Ressentiments gegenüber Minderheiten und Eliten. Auch Beck (1986: 100) spricht von einer »Sündenbockgesellschaft« und benennt damit die interpretative Umleitung von Ängsten auf bestimmte soziale Gruppen, wodurch Bedrohungen konkret benennbar und bearbeitbar werden.

Die relative Deprivationsthese: Populismus und materiell bezogenes Ungerechtigkeitsempfinden

Ausgehend von klassischen Formulierungen (Runciman 1966) und auf Basis von Überlegungen aus der soziologischen Einstellungsforschung (Rippl/Bair 2005) betont die Literatur die Bedeutung subjektiv empfundener relativer Deprivation für populistische Wahlentscheidungen. Bereits Lipset (1955) hat mit der These einer »status politics« politische Radikalisierung auf eine »prosperity born bitterness« (Lipset 1955: 191) eben derjenigen zurückgeführt, die angesichts gesellschaftlicher Veränderungen glauben, nicht ihren gerechten Anteil am nationalen Wohlstand zu erhalten. Daran anknüpfend leitet sich die Attraktivität des Populismus keinesfalls aus faktischer Schlechterstellung oder materiell bezogener Zukunftsangst ab, sondern ist auf eine Unzufriedenheit zurückzuführen, die sich aus dem relativen Vergleich gegenüber einem als persönlich zustehend empfundenen Status ergibt.

Obgleich die Befunde von Lengfeld (2017) zur AfD-Wählerschaft die These relativer Deprivation nicht stützen, verweisen Analysen auf Grundlage internationaler Umfragedaten auf einen eindeutigen Effekt subjektiv empfundener Schlechterstellung. Auf Basis von Analysen mit ISSP-Daten (International Social Survey Program) zeigt sich, dass insbesondere Personen, die ihren sozialen Status im Vergleich zu anderen als niedrig wahrnehmen, mit höherer Wahrscheinlichkeit für rechtspopulistische Parteien votieren (Gidron/Hall 2017).³ Neben der Rolle eines solchen *personell* bezogenen relativen

3 Gidron/Hall (2017) berücksichtigen, von der subjektiven relativen Statureinschätzung abgesehen, in ihren Modellen allerdings keine weiteren Einstellungsvariablen, sondern verbleiben bei der Analyse struktureller Indikatoren. Gerade politische Subjektivitäten

Deprivationsempfindens wird aktuell auch eine *temporal* bezogene, wahrgenommene Schlechterstellung im Vergleich zur Vergangenheit – eine »nostalgische Deprivation« (Gest et al. 2017) – diskutiert. Aktuelle Evidenz für die These relativer Deprivation liefern auch Analysen auf Basis von Daten des European Social Survey (Rooduijn/Burgoon 2017). Die Studie verdeutlicht, dass die relative Bewertung der eigenen finanziellen Situation v. a. dann die Wahrscheinlichkeit für die Wahl rechtspopulistischer Parteien erhöht, wenn eine positive konjunkturelle Lage auf gesamtgesellschaftlicher Ebene herrscht.

Dass der Glaube an eine Benachteiligung zugunsten von »Anderen« populistische Ressentiments fördert, zeigen daneben qualitative Studien auf (Flecker et al. 2007; Gest 2016; Hochschild 2016). Wie diese Untersuchungen demonstrieren, entstehen populistische Orientierungen mit dem Gefühl, in Sachen Arbeit und als Bürger alles richtig gemacht zu haben und vom Staat dann doch um Erfolg und Anerkennung betrogen zu werden. Es zeigt sich hier, wie sich gefühlte Benachteiligung in Ressentiments gegenüber sozialen Minderheiten und gesellschaftlichen Eliten übersetzt. Mit anderen Worten: Eine Statuspolitik beinhaltet immer die Suche nach »Sündenböcken«, die verantwortlich dafür sind, dass es nicht aufwärts geht und Leistung gesellschaftlich nicht entsprechend belohnt wird. Genau wie im Fall von Sorgen und Ängsten bieten in diesem Fall populistische Ideen und die daran gekoppelte Personalisierung von Schuld die Chance auf die Verteidigung bzw. Restauration angestammter und legitimer Anrechte.

Die Komplexitätsthese: Populismus als einfache Narration in einer unübersichtlichen Welt

Sowohl verschiedenste Sozialtheorien als auch soziologische Zeitdiagnosen erklären die fortwährende Steigerung von Komplexität zu einem maßgeblichen Charakteristikum moderner demokratischer Gesellschaft (Beck 1986; Giddens 1991; Luhmann 1997; Schimank 2005). Diese Komplexitätssteigerung vollzieht sich sowohl in der Sozialdimension (steigende Interdependenz), der Sachdimension (fehlendes und unsicheres Wissen) als auch der Zeitdimension (Beschleunigung, begrenzte Zeithorizonte). Mit der Steige-

bzw. Werthaltungen erweisen sich jedoch bei Lengfeld/Dilger (2018) als bedeutsamste Einflüsse.

rung von Komplexität geht die intensiviertere Erfahrung von Kontingenz für die Menschen einher – also die fehlende Gewissheit in Bezug darauf, »was ist« und »was sein wird«. Dehne (2017: 36) spricht in diesem Zusammenhang von einem »Leiden an Ungewissheit« und dem Verlust »epistemischer Kontrolle«.

In einer solchen Konstellation kommt der Politik die Aufgabe zu, Komplexität zu reduzieren und die Welt erzählbar zu machen. Die Politik steckt nun aber in dem Dilemma, dass sie einerseits der Komplexität gerecht werden muss, gleichzeitig aber eine einfache Sprache und simple Ideen anbieten muss, die an den Alltag der Menschen anknüpfen können. Nun erschweren zunehmende Pluralisierung und Fragmentierung von Identitäten allerdings soziale Organisation, politischen Konsens und kollektives Handeln. In dem gleichen Maße wie individuelle Werte und Interessen immer diverser, in sich inkonsistenter und flüchtiger werden, wird auch ihre Organisation und Artikulation durch politische Parteien und Bewegungen in demokratischen Gesellschaften eine immer größere Herausforderung.

Vor diesem Hintergrund ist Populismus nicht zuallererst der Ausdruck von Ängsten oder Frustration, sondern der Sehnsucht nach Übersichtlichkeit und Kontrollierbarkeit in einer immer komplexer anmutenden Welt. Da Populismus auf narrationsfähigen Simplifizierungen (eigentlich sogar Dichotomisierungen) komplexer Sachverhalte basiert, bietet er zugleich stets leicht zu transportierende Probleme und Ursachendarstellungen als auch allgemein verständliche Antworten und Lösungsmodelle für diese Probleme. Pointiert kommt dies in plakativen Angeboten wie »Let's Take Back Control!« (Slogan der Brexit-Kampagne) zum Ausdruck.

Für den Zusammenhang von Unsicherheitsgefühlen infolge gesellschaftlicher Komplexitätssteigerung und der Popularität des Populismus lassen sich in der empirischen Forschung einige Hinweise finden. So wird beispielsweise auf Anomie als bedeutsame Determinante populistischer Einstellungen verwiesen, die den Autoren zufolge insbesondere bei sogenannten Modernisierungsverlierern zu finden ist (Elchardus/Spruyt 2016; Spruyt et al. 2016). Auch eine Analyse zum sozialpsychologischen Profil der »Brexiters« zeigt, dass Personen, die die Welt als zu kompliziert wahrnehmen, mit höherer Wahrscheinlichkeit für »Leave« votiert haben (Antonucci et al. 2017). Wie Steenvoorden/Hartevelde (2018) zeigen, ist die Wahrscheinlichkeit, für rechtspopulistische Parteien zu stimmen, bei Personen besonders verbreitet, die in Bezug auf die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung pessimistisch gestimmt sind. Ein solcher anomischer Pessimismus steht in enger Beziehung

zu einer »nostalgischen Deprivation« (Gest et al. 2017). Damit ist die rückwärtsgerichtete und glorifizierende Berufung auf ein »heartland« (Taggart 2000) gemeint, das für die Idee einer solidarischen Gemeinschaft, klare Grenzen und traditionelle Werte steht. Dieser Berufung auf eine Zeit, »als die Welt noch in Ordnung war«, liegt eine Verfallserzählung zugrunde, die dann Forderungen nach der Restauration althergebrachter Übersichtlichkeit legitimiert und stets die populismus-inhärenten Schuldzuweisungen für diesen Verfall beinhaltet.

Hypothesen

Im Anschluss an die obigen Ausführungen ist zu erwarten,

- (a) dass die Sorgen vor eigenen zukünftigen Wohlstandseinbußen populistische Einstellungen fördern (H1),
- (b) dass das Ausmaß populistischer Einstellungen durch die Wahrnehmung bestimmt wird, im Vergleich zu anderen unrechtmäßig schlechter gestellt zu sein (H2), und
- (c) dass populistische Einstellungen insbesondere bei Personen verbreitet sind, die die Welt als unüberschaubar wahrnehmen und einen Verlust »epistemischer Kontrolle« empfinden (H3).

4. Daten und Methode

Grundlage der folgenden Analysen bilden Daten der German Longitudinal Election Study (GLES 2017).⁴ Es wurden 2.179 in privaten Haushalten lebenden und für Bundestagswahlen Wahlberechtigte im Rahmen einer stichprobenkontrollierten (Registerstichprobe mit Oversampling für Ostdeutschland) Mehrthemenbefragung interviewt. Die Befragung wurde als computergestütztes persönliches Interview (CAPI) durchgeführt.

4 Von der GLES 2017 liegt auch eine Kumulation vor, die sowohl eine Vorwahlquerschnittbefragung (Erhebung: Juli–September 2017) als auch einen Nachwahlquerschnitt (Erhebung: September 2017–November 2017) umfasst. Die Analysen konnte ich allerdings nur mit den Daten der Vorwahlquerschnittbefragung durchführen, da lediglich hier Indikatoren für die *Komplexitätsthese* (H3) vorliegen.

Variablen

Die abhängige Variable bildet das bereits weiter oben erwähnte Messinstrument populistischer Einstellungen. Auf Basis einer Fragebatterie mit sechs Items lässt sich ein Gesamtindex »Populismus« bilden, der Werte zwischen 1 und 5 annehmen kann.⁵ Die sechs Items lehnen sich direkt an die drei Kernaspekte einer populistischen Weltsicht an: eine demokratisch-inszenierte *Volkssouveränität*, eine exkludierende *Entpluralisierung* (Dichotomisierung) von Gesellschaft und eine elitenfeindliche *Moralisierung* eben dieser Entpluralisierung (siehe Tabelle 1 für den genauen Wortlaut).

Die GLES-Daten erlauben es nun, den Einfluss verschiedener, relevanter Variablen auf populistische Einstellungen zu untersuchen. Die *Statussorgen-these* (H1) wird in den folgenden Analysen über das Item »Was glauben Sie, wie wird Ihre eigene wirtschaftliche Lage in einem Jahr sein?« (5-Punkte-Skala: 1 = wesentlich besser, 5 = wesentlich schlechter) operationalisiert. Um die *relative Deprivationsthese* (H2) zu testen, verwende ich ein Item, das klassischerweise in der Einstellungsforschung zur Messung empfundener relativer Deprivation herangezogen wird (Rippl/Bair 2005). Die entsprechende Frage in der GLES-Umfrage lautete: »Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie Ihren gerechten Anteil erhalten oder glauben Sie das nicht? Erhalten Sie viel weniger als den gerechten Anteil, etwas weniger, den gerechten Anteil, etwas mehr oder viel mehr als den gerechten Anteil?« (5-Punkte-Skala: 1 = viel mehr als den gerechten Anteil, 5 = viel weniger als den gerechten Anteil). Zur Prüfung der *Komplexitätsthese* (H3) nutze ich ein Statement, bei dem die Befragten ihre Zustimmung oder Ablehnung auf einer 5-Punkte-Skala ausdrücken konnten: »Die Welt ist so unübersichtlich geworden, dass man gar nicht weiß, wie es weitergehen soll« (1 = trifft überhaupt nicht zu, 5 = trifft voll und ganz zu).

Zum sozioökonomischen Status liegen im Datensatz die klassischen Indikatoren über den Bildungsgrad, das Haushaltsnettoeinkommen, die Haushaltsgröße und die berufsbezogene Schichtzugehörigkeit vor. Der Bil-

5 Einer Faktorenanalyse unterzogen, laden die sechs Items auf einen Faktor. Aus einer Hauptkomponentenanalyse (Varimax-Methode mit rotierter Lösung) ergibt sich nach dem Kaiser-Kriterium (>1) ein konzeptionell bedeutungsvoller Faktor, der einen Varianzanteil von insgesamt 46,7 Prozent aufklärt. Der Index weist einen Reliabilitätskoeffizienten von 0,77 und eine annähernd normalverteilte Werteanordnung auf.

ungsgrad wird über eine Frage zum höchsten Schulabschluss gemessen (Hauptschulabschluss/ohne Abschluss, Hochschulreife, Referenzgruppe: mittlere Reife). Befragte in schulischer Ausbildung werden aufgrund der geringen Fallzahl aus der Analyse ausgeschlossen. Das Haushaltsnettoeinkommen wurde kategorial erhoben (13 Kategorien), so dass es ohne Tricks nicht möglich ist, ein personengewichtetes Haushaltsnettoeinkommen zu berechnen. Davon möchte ich im Folgenden jedoch absehen und beschränke mich darauf, in den Modellen lediglich für die Haushaltsgröße (metrisch) zu kontrollieren. Bei der Operationalisierung von Schichtung lehne ich mich an den Vorschlag von Lengfeld/Ordemann (2017) an und gehe auf Basis des EGP-Klassenschemas (Erikson/Goldthorpe 1992) von einer sechs-gliedrigen Schichtung aus (siehe Tabelle A3). Als Erweiterung zum ursprünglichen Modell von Lengfeld/Ordemann (2017) ergänze ich die »mittlere Mitte« durch kleine Selbstständige und nicht-akademische freie Berufe. Da es Ziel der Analyse ist, Aussagen über die Gesamtheit aller Wahlberechtigten zu treffen, berücksichtige ich zusätzlich Angaben von Arbeitslosen (Variable: »arbeitslos«) sowie von Befragten im Ruhestand und Nicht-Erwerbspersonen (Variable: »nicht erwerbstätig«). Als demografische Kontrollvariablen fungieren in den Analysen die Landesregion (0=Westdeutschland, 1=Ostdeutschland), das Alter (metrisch) und das Geschlecht (0=weiblich, 1=männlich). Da populistische Einstellungen theoretisch sowohl am linken als auch am rechten Rand des politischen Spektrums zu finden sind bzw. sich teilweise jenseits der klassischen Links-rechts-Differenzierung bewegen, kontrolliere ich in den Modellen für die Links-rechts-Selbsteinstufung der Befragten (11-Punkte Skala: 1=links, 11=rechts).

In einem ersten Schritt diskutiere ich im Folgenden kurz die deskriptiven Befunde zur Verteilung populistischer Einstellungen unter den Befragten und stelle Mittelwertvergleiche für die jeweiligen Parteipräferenzen an.⁶ In einem zweiten Schritt prüfe ich die verschiedenen, weiter oben vorgestellten Erklärungsangebote, unter Kontrolle sozioökonomischer und demografischer Variablen. Zu diesem Zweck führe ich schrittweise OLS-Regressionen durch. In einem ersten Basismodell (Modell 1) untersuche ich lediglich die sozialstrukturellen Lageparameter und demografischen Variablen. Modell 2 enthält zusätzlich den Indikator für die eigenen materiellen Statussorgen

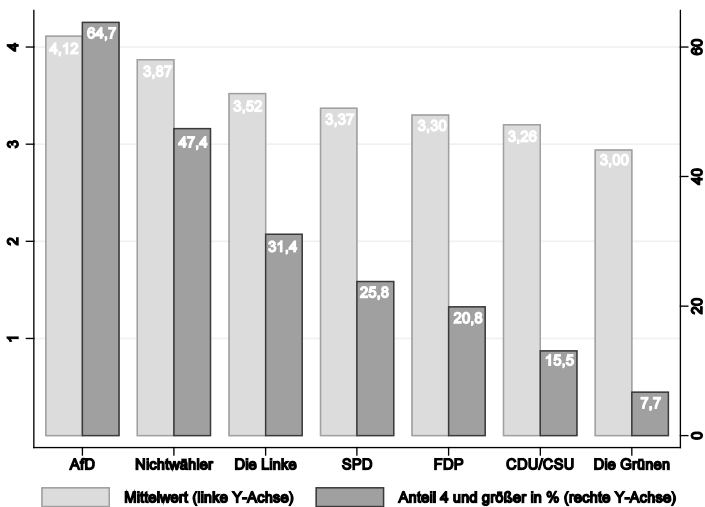
6 Diese Analysen führe ich mit den im GLES-Datensatz vorliegenden Korrekturgewichten durch.

(H1). Modell 3 wird unter Hinzunahme der Variable zum materiellen Ungerechtigkeitsempfinden (H2) und Modell 4 mit dem Indikator für gefühlten Kontrollverlust (H3) berechnet. In Modell 5 wird ein Vollmodell unter Berücksichtigung aller Indikatoren geschätzt.

5. Ergebnisse

Auf Basis des Erhebungsinstruments zu populistischen Einstellungen wird deutlich, dass ein populistischer Zeitgeist gesellschaftlich weit verbreitet ist und kein politisches Randphänomen darstellt (Tabelle 1). Auf Grundlage des additiv gebildeten Index für Populismus können etwa 22 Prozent der Befragten als überzeugt-populistisch eingeordnet werden (Indexwert > 4) (Tabelle A1 im Anhang). In diesem Sinn kann also nicht von einer »gespaltenen Gesellschaft« die Rede sein. Die Befragten verteilen sich nicht auf die beiden Randbereiche der Skalen, also in »Populisten« und »Nicht-Populisten«, sondern der Großteil der Befragten ist mäßig populistisch und gruppiert sich

Abbildung 1: Populistische Einstellungsmuster und Parteipräferenz



Anmerkung: Werte betreffen Angaben für Zweitstimme. Fälle: CDU (26,6%), SPD (19,2%), Nichtwähler (11,8%), Die Grünen (10,8%), FDP (10,1%), AfD (8,7%), Die Linke (8,3%). Daten: GLES 2017 (gewichtet)

Tabelle 1: Items zu populistischen Einstellungsmustern

	Anteile in % (gültige Prozente)					Mittelwert	Std. Abw.
	[1]	[2]	[3]	[4]	[5]		
<i>Volkssouveränität</i>							
Die Abgeordneten des Deutschen Bundestags müssen dem Willen des Volkes Folge leisten.	2,3	6,7	18,8	33,2	39,0	4,0	1,03
Das Volk, und nicht die Politiker, sollte die wichtigsten politischen Entscheidungen treffen.	10,2	24,5	26,6	20,6	18,2	3,1	1,25
<i>Anti-Pluralismus</i>							
Die politischen Unterschiede zwischen Eliten und dem Volk sind größer als die Unterschiede innerhalb des Volkes.	2,2	10,7	25,3	34,8	26,9	3,7	1,04
Was in der Politik Kompromiss genannt wird, ist in Wirklichkeit nur ein Verrat von Prinzipien.	7,4	23,4	34,2	21,7	13,4	3,1	1,13
<i>Anti-Establishment</i>							
Ein Bürger würde besser meine Interessen vertreten als ein Berufspolitiker.	11,9	29,2	29,8	18,0	11,1	2,9	1,17
Die Politiker reden zu viel und machen zu wenig.	1,9	7,1	24,2	30,6	36,2	3,9	1,03

Frage: »Jetzt möchte ich gerne Ihre Meinung zu einigen allgemeinen Aussagen zur Politik wissen. Bitte geben Sie zu jeder der folgenden Aussagen an, inwieweit Sie dieser zustimmen oder diese ablehnen«. Die Richtung der ursprünglichen Skala wurde umgekehrt in: [1] lehne voll und ganz ab, [2] lehne eher ab, [3] teils/teils, [4] stimme eher zu, [5] stimme voll und ganz zu. Daten: GLES 2017 (gewichtet)

um die mittleren Skalenwerte. Dies gilt nicht allein für den additiven Gesamtindex, sondern ebenfalls für die sechs einzelnen Items.

In Abbildung 1 sind die Mittelwerte der Populismus-Skala nach der jeweiligen Parteipräferenz dargestellt. Wie zu erwarten, weisen insbesondere AfD-Wähler und Nichtwähler hohe Mittelwerte und Anteilswerte im oberen

Tabelle 2: Regressionsmodelle (Determinanten populistischer Einstellungsmuster)

	M1		M2		M3		M4		M5	
<i>Geschlecht</i> (Ref.: Frau)										
Mann	0,01		0,00		0,00		0,02		0,03	
	(0,04)		(0,04)		(0,04)		(0,04)		(0,04)	
Alter	0,07	*	0,05		0,06		0,05		0,03	
	(0,00)		(0,00)		(0,00)		(0,00)		(0,00)	
<i>Region (Ref.: Westdeutschland)</i>										
Ostdeutschland	0,18	***	0,17	***	0,13	***	0,15	***	0,12	***
	(0,04)		(0,04)		(0,04)		(0,04)		(0,04)	
Haushaltsnetto- einkommen	-0,10	***	-0,09	***	-0,06		-0,07	*	-0,03	
	(0,01)		(0,01)		(0,01)		(0,01)		(0,01)	
Haushaltsgröße	-0,00		-0,00		-0,02		-0,00		-0,02	
	(0,02)		(0,02)		(0,02)		(0,02)		(0,02)	
<i>Schicht (Ref.: mittlere Mitte)</i>										
Oberschicht	-0,07	**	-0,07	**	-0,06	*	-0,07	**	-0,06	**
	(0,08)		(0,09)		(0,08)		(0,08)		(0,08)	
obere Mitte	-0,04		-0,04		-0,03		-0,02		-0,01	
	(0,06)		(0,06)		(0,06)		(0,06)		(0,06)	
untere Mitte	0,07	**	0,07	**	0,06	*	0,08	**	0,07	**
	(0,08)		(0,08)		(0,08)		(0,07)		(0,07)	
Unterschicht 1	0,03		0,03		0,01		0,02		0,01	
	(0,10)		(0,10)		(0,10)		(0,09)		(0,10)	
Unterschicht 2	0,04		0,04		0,03		0,03		0,03	
	(0,11)		(0,11)		(0,11)		(0,11)		(0,11)	
arbeitslos	0,03		0,03		0,02		0,04		0,04	
	(0,11)		(0,11)		(0,11)		(0,11)		(0,11)	
Nicht erwerbstätig	-0,01		-0,01		0,00		-0,01		0,00	
	(0,05)		(0,05)		(0,05)		(0,05)		(0,05)	

	M1		M2		M3		M4		M5	
<i>Bildung (Ref.: mittlere Reife)</i>										
Hauptschule/ ohne Abschluss	0,07	**	0,07	**	0,07	**	0,03	**	0,03	
	(0,05)		(0,05)		(0,05)		(0,05)		(0,05)	
Hochschulreife	-0,23	***	-0,23	***	-0,21	***	-0,20	***	-0,19	***
	(0,04)		(0,04)		(0,04)		(0,04)		(0,04)	
Links-Rechts- Selbsteinstufung	0,01		0,00		0,01		-0,01		-0,01	
	(0,01)		(0,01)		(0,01)		(0,01)		(0,01)	
Sorge vor finan- ziellem Abstieg			0,07	**					0,05	*
			(0,03)						(0,03)	
Ungerechtigkeits- empfinden					0,19	***			0,16	***
					(0,03)				(0,03)	
gefühlter Kon- trollverlust							0,25	***	0,23	***
							(0,02)		(0,02)	
adj. R ²	0,198		0,203		0,227		0,253		0,287	
N	1 468		1 468		1 468		1 468		1 468	

Anmerkungen: OLS Regression mit Konstante. Standardfehler in Klammern. Dargestellt sind standardisierte Koeffizienten. Signifikanzniveaus: * $p < 0,05$, ** $p < 0,01$, *** $p < 0,001$ (zweiseitige Tests). Die Fallzahl ist über alle Modell hinweg konstant gehalten. Abhängige Variable ist der Populismus-Index, der Werte zwischen 1 und 5 annehmen kann (hoher Wert = ausgeprägte populistische Einstellung). Daten: GLES 2017

Skalenbereich (»überzeugte Populisten«) auf. AfD-Wähler sind durch den höchsten Mittelwert auf der Populismus-Skala (4,1) und den höchsten Anteil von Befragten mit Werten oberhalb von 4 (65 Prozent) gekennzeichnet. Die entsprechenden Werte für Nichtwähler betragen hier 3,9 und 47 Prozent. Die Wählerschaften der Linken, der SPD und der FDP weisen vergleichsweise moderatere Mittelwerte und Anteilswerte im oberen Bereich der Skala auf. Im Vergleich dazu sind Wähler der CDU/CSU und Wähler der Grünen eher unpopulistisch eingestellt. Der Mittelwert der CDU/CSU-Wählerschaft auf

der Populismus-Skala liegt bei 3,3; etwa 15 Prozent hegen hier extrem populistische Einstellungen. Vergleichsweise am wenigsten populistisch sind Wähler der Grünen. Der Mittelwert beträgt hier 3,0; und lediglich 8 Prozent der Befragten geben bei den Populismus-Items hohe Zustimmungswerte an.

Die deskriptiven Analysen machen deutlich, dass populistische Einstellungen von relativ großer gesellschaftlicher Reichweite sind und auch in politischem Wahlverhalten zum Ausdruck kommen können. Es stellt sich allerdings die Frage, wie solche populistischen Einstellungen nun zu erklären sind. Tabelle 2 stellt dazu die Ergebnisse stufenweiser Regressionsanalysen dar. Modell 1, das lediglich die strukturellen Variablen berücksichtigt, weist einen Anteil erklärter Varianz von etwa 20 Prozent auf. Unter Hinzunahme von Abstiegsorgen (Modell 2) kann die Erklärungskraft nicht nennenswert (weniger als ein Prozentpunkt) erhöht werden. Dahingegen liefert Modell 3 einen Zugewinn an Erklärungskraft von etwa drei Prozentpunkten und Modell 4 von mehr als fünf Prozentpunkten. Im Vollmodell (Modell 5) schließlich steigt der Anteil erklärter Varianz auf etwa 29 Prozent an.

Vielfach werden dem Alter (Kohortenzugehörigkeit) und dem Geschlecht in der wahlsoziologischen Populismusforschung eine zentrale Bedeutung zugeschrieben. Demnach haben Männer und Jüngere tendenziell eine höhere Wahrscheinlichkeit, populistische Parteien zu unterstützen, als Frauen und Ältere (Spierings/Zaslove 2017). Dies kann mit Blick auf populistische Einstellungsmuster nicht bestätigt werden, da hier keine signifikanten geschlechtsspezifischen und nur leichte altersspezifische Unterschiede bestehen (Modell 1). Auch für die Variable zur Links-rechts-Selbsteinstufung zeigen die Modelle erwartungsgemäß keinen signifikanten Einfluss.

Demgegenüber lassen sich eindeutige Ost-West-Unterschiede ausmachen. Befragte aus Ostdeutschland geben im Vergleich zu Befragten aus Westdeutschland signifikant höhere Werte auf der Populismus-Skala an. Dieser Befund ist durchaus mit vorliegenden Forschungsarbeiten deckungsgleich. Wie Studien immer wieder zeigen, bestehen zum Teil deutliche Unterschiede in der politischen Kultur zwischen den alten und den neuen Bundesländern (Arzheimer 2016; siehe bereits Delhey/Böhnke 2000). So ist beispielsweise auch der Anteil der AfD-Sympathisanten in ostdeutschen Regionen durchschnittlich höher als in westdeutschen (Lengfeld 2017; Lengfeld/Dilger 2018).

Die Einflüsse der berufsbezogenen Schichtungsvariablen und auch der fehlende Effekt der Variable für Arbeitslosigkeit verweisen darauf, dass

Populismus kein exklusives Phänomen unterer sozialer Lagen darstellt, wie dies in verschiedenen Formulierungen der Modernisierungsverlierer-These suggeriert wird (Kriesi et al. 2008; Hochschild 2016; Gest 2016). Es trifft vielmehr das zu, was von verschiedenen Seiten in letzter Zeit diagnostiziert und empirisch belegt wird (Bude/Staab 2017; Antonucci et al. 2017; Gidron/Hall 2017; Oesch 2008): Populismus reicht weit bis in die gesellschaftliche Mitte hinein und ist derzeit insbesondere in der unteren Mittelschicht virulent.

Die verbreitete Annahme, dass populistische Einstellungen eher ein Phänomen der unteren Hälfte der Gesellschaft sind, wird allerdings mit Blick auf die Effekte der Variablen zum Bildungsgrad bestätigt. Insbesondere Befragte mit gymnasialer Hochschulreife weisen im Vergleich zu Befragten mit mittlerer Reife signifikant niedrigere Werte auf der Skala populistischer Einstellungen auf. Personen mit Hauptschulabschluss sind dagegen im Vergleich populistischer. Der relativ starke negative und signifikante Effekt eines höheren Bildungsgrads in allen Modellen – auch unter Kontrolle subjektiver und statusrelevanter Indikatoren – macht aber vor allem die Bedeutung kultureller Triebkräfte deutlich. Da wir in den Modellen für berufliche Schichtung kontrolliert haben, misst die Bildungsvariable nicht das arbeitsmarktbezogene Bildungskapital, sondern eher kognitive Aspekte. Dieser »Bildungseffekt« muss demnach also als ein Hinweis auf die Relevanz sozio-kultureller Differenzen interpretiert werden und nicht als ein Hinweis auf sozioökonomische Statureffekte.

Mit Blick auf das Haushaltseinkommen finde ich in den Analysen zwar signifikante Hinweise auf die Existenz materiell bedingter Einflüsse auf populistische Einstellungen. Dieser Effekt ist in Modell 3 und im Vollmodell allerdings nicht mehr signifikant. Anscheinend wird der Effekt des Einkommens vollständig über ein egozentriertes, materiell bezogenes Ungerechtigkeitsempfinden vermittelt.

Die Analysen erbringen zwar Evidenz für Hypothese H1, wonach Personen, die sich Sorgen um zukünftige Wohlstandseinbußen machen, eine stärker populistische Einstellung aufweisen. Die Furcht vor dem Weniger hat demnach einen statistisch signifikanten, wenn auch geringen Effekt auf eine populistische Einstellung (Modell 2). Dieser schwächt sich im Vollmodell an Stärke und statistischer Signifikanz allerdings erheblich ab und ist im Vergleich zu den Indikatoren für relative Deprivation (Ungerechtigkeitsempfin-

den) und gefühlten Kontrollverlust nachrangig.⁷ Hier liegt die Vermutung eines in großen Teilen vermittelten Einflusses über relatives Deprivationsempfinden und gefühlten Kontrollverlust nahe. Die Existenz eines solchen vermittelten »Statusorgeneffekts« würde sich durchaus mit emotionssoziologischen Überlegungen (Salmela/von Scheve 2017) und aktueller empirischer Evidenz zur AfD-Wählerschaft (Lengfeld/Dilger 2018) decken.

Auf Basis der Berechnungen können sowohl die *relative Deprivationsthese* (H2) als auch die *Komplexitätsthese* (H3) bestätigt werden. Den Analysen nach sind es insbesondere ein egozentriertes, materielles Ungerechtigkeitsempfinden und das Gefühl des Kontrollverlusts in Bezug auf die gesellschaftliche Entwicklung, die Populismus für viele so attraktiv erscheinen lassen. Im Vollmodell wird deutlich, dass gerade ein gefühlter Kontrollverlust, also die Wahrnehmung der Welt als unübersichtlich und kompliziert, einen vergleichsweise starken Einfluss auf populistische Einstellungsmuster besitzt.

6. Diskussion

Betrachtet man die Ergebnisse im Überblick, so leistet die in die Diagnose einer »Angstgesellschaft« eingebettete *Statusorgenthese* lediglich einen kleinen Beitrag zur Erklärung populistischer Einstellungen. Auf Basis der Analysen können der *relativen Deprivationsthese* und insbesondere der *Komplexitätsthese* der weitaus größere Erklärungsbeitrag zugesprochen werden. Der gegenwärtige populistische Zeitgeist gründet dementsprechend neben dem Gefühl der Benachteiligung bei der Verteilung des nationalen Wohlstands auf einer grundlegenden Hilflosigkeit, was die gesellschaftliche Gegenwart und zukünftige Entwicklung betrifft. Vor diesem Hintergrund sollten in Hinblick auf populistische Einstellungen jedoch erstens das durchaus große gesellschaftliche Ausmaß solcher Einstellungen beachtet und zweitens die Bedeutung strukturelle Parameter keineswegs unterschätzt werden. Gerade die Befunde zur Verbreitung ausgeprägter populistischer Einstellungs-

7 Alternativ habe ich die Modelle mit dem gebräuchlichen Indikator »Angst vor Stellenverlust« (für Selbstständige »Angst vor Betriebsverlust«) anstelle wirtschaftlicher Zukunftsorgen berechnet, wobei dann in diesem Fall nur erwerbstätige Personen in die Analyse mit eingehen können (Tabelle A2 im Anhang). Hier zeigt sich sogar, dass die Angst, arbeitslos zu werden, überhaupt keinen signifikanten Einfluss auf populistische Einstellungsmuster besitzt.

muster unter Befragten mit niedrigem Bildungsgrad und aus ostdeutschen Regionen verweisen hier auf eine gewisse Gruppenspezifik. Interessanterweise bleibt der Ost-West-Unterschied nämlich auch unter Kontrolle der verwendeten strukturellen und subjektiven Indikatoren statistisch signifikant und vergleichsweise ausgeprägt. Angesichts des starken »Bildungseffekts« ist hier auf Geiger (1960) zu verweisen, der betonte, dass der alleinige Schutz gegen politisch-mediale Suggestion und Manipulation eine Immunisierung durch Intellektualisierung darstellt, die einen emanzipierten Umgang mit der ideologisierten und interessengebundenen medialen Verbreitung politischer Narrationen erlaubt.

Die Befunde legen nahe, dass es sich bei den *Trägern* eines populistischen Zeitgeists tatsächlich vor allem um Verunsicherte und Unzufriedene handelt, die im Populismus Sicherheiten und einen Katalysator für den Umgang mit den »Konsequenzen der Moderne« (Giddens 1991) finden. Angesichts der Erosion traditioneller Identitätsangebote und der Individualisierung von Verantwortung, die dafür sorgen, dass der Einzelne auf seinen Irritationen »sitzen bleibt«, erscheint Populismus vielen als naheliegende, greifbare Form der Bewältigung – als »sicherer Hafen in einer unsicheren Welt«.

Dass den Analysen nach die Sorgen vor eigenen zukünftigen Wohlstandseinbußen und sozialem Abstieg (Arbeitsplatzverlust) keinesfalls so bedeutsam für populistische Orientierungen sind, wie teilweise angenommen oder behauptet wird, überrascht zunächst. Es scheint tatsächlich eher ein Amalgam aus genereller Orientierungslosigkeit, materiell bezogenem Ungerechtigkeitsempfinden und geringer Intellektualisierung zu sein, das den populistischen Zeitgeist stärkt. Nichtsdestotrotz sollte die verbreitete Vorstellung, dass Populismus in einer angstbestimmten Gesellschaft für viele attraktiv erscheint, keineswegs einfach heruntergespielt werden. Möglicherweise würden alternative und treffendere Operationalisierungen von Statussorgen hier andere Ergebnisse liefern. Die vorliegenden GLES-Daten lassen dies leider nicht zu. Zukünftige Forschung wird hier also nicht nur alternative Indikatoren zu Abstiegsorgen und Statusängsten (auch im Längsschnitt, siehe dazu den Beitrag von Hertel/Esche in diesem Band) in den Blick nehmen müssen, sondern auch Ängste und Bedrohungsempfindungen, die sich auf andere Lebensbereiche beziehen. Gerade ein gefühlter Kontrollverlust in Anbetracht einer unübersichtlichen Welt steht in engem Zusammenhang zu »Kontingenzangst« (Dehne 2017: 36), und auch ein materiell bezogenes Ungerechtigkeitsempfinden befindet sich stets in der Nähe der »Angst vor Min-

dereinschätzung« (Geiger 1930: 646; siehe auch Delhey/Steckermeier in diesem Band). Da sich auf Basis der obigen Analysen ein in Teilen vermittelter Effekt von Statussorgen über empfundene Schlechterstellung und generelle Verunsicherung andeutet, sollte zukünftige Forschung hier auch Mediations- und Interaktionseffekte einbeziehen.

Meines Wissens ist diese Studie die erste, die systematisch Verbreitung und Erscheinungsformen populistischer Einstellungen für Deutschland untersucht und dabei gleichzeitig verschiedene Erklärungsansätze aus der Literatur zur Analyse der Gruppenspezifität solcher Einstellungsmuster berücksichtigt. Da das Messinstrument einen latenten Populismus abfragt, kann ich keine direkten Aussagen zu Wahlentscheidungen treffen, obgleich die deskriptiven Analysen hier einige Tendenzen offenlegen. Dieser latente Populismus kann durchaus durch politische Akteure mobilisiert werden, wie angebotsseitig Untersuchungen aufzeigen, die politische Diskurse und parteipolitische Strategien in den Blick nehmen (Wodak 2016; Betzelt/Bode 2017). Die Frage allerdings, *wann* und *wie* sich dieser latente Populismus in expressiven Populismus übersetzt, muss erst einmal zukünftiger Forschung überlassen werden.

Es stellt sich abschließend die Frage, *inwieweit* populistische Narrationen in einer Gesellschaft, die sowohl eine permanente Alltagspräsenz verschiedener Unsicherheiten und Irritationen als auch ständig neue Bedrohungen und Risiken produziert, als Sicherheit überhaupt funktionieren können. Eigentlich kann Populismus nämlich nur Illusion bleiben. So helfen zum einen populistische Akteure nicht nur dabei, Irritationen zu kanalisieren, sondern kreieren und aktualisieren diese auch ständig selbst. Zum anderen können die simplifizierenden populistischen Narrationen in einer sich ständig weiter ausdifferenzierenden, pluralisierenden und vernetzenden Welt eigentlich nur Scheinlösungen anbieten.

Literatur

- Akkerman, A./Mudde C./Zaslove, A. (2014): »How Populist Are the People? Measuring Populist Attitudes in Voters«, in: *Comparative Political Studies* 47, S. 1324–1353. DOI: 10.1177/0010414013512600
- Antonucci, L./Horvath, L./Kutiyski, Y./Krouwell, A. (2017): »The Malaise of the Squeezed Middle: Challenging the Narrative of the ›Left Behind‹ Brexiter«, in: *Competition & Change* 21, S. 211–229. DOI: 10.1177/1024529417704135

- Arzheimer, K. (2016): »Wahlverhalten in Ost-West-Perspektive«, in: H. Schoen/B. Weißels (Hg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2013*, Wiesbaden: Springer VS, S. 71–89. DOI: 10.1007/978-3-658-11206-6_4
- Beck, U. (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Betzelt, S./Bode, I. (2017): »Fatal funktional? Angstmobilisierung im liberalisierten Wohlfahrtskapitalismus«, in: *Leviathan* 45, S. 192–220. DOI: 10.5771/0340-0425-2017-2-192
- Blossfeld, H.-P./Buchholz, S./Hofäcker, D./Hofmeister, H./Kurz, K./Mills, M (2007): »Globalisierung und die Veränderung sozialer Ungleichheiten in modernen Gesellschaften«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 59, S. 667–691. DOI: 10.1007/s11577-007-0082-2
- Blühdorn, I./Butzlaff, F. (2018): »Rethinking Populism: Peak Democracy, Liquid Identity and the Performance of Sovereignty«, in: *European Journal of Social Theory*. Online First. <https://journals.sagepub.com/doi/full/10.1177/1368431017754057#articleCitationDownloadContainer> (zuletzt geprüft: 16.01.2019).
- Bude, H. (2014): *Gesellschaft der Angst*, Hamburg: Hamburger Edition.
- Bude, H./Staab, P. (2017): »Die gereizte Mitte. Soziale Verwerfungen und politische Artikulationen«, in: *Leviathan Sonderband* 32, S. 187–207. DOI: 10.5771/9783845287843-186
- Dehne, M. (2017): *Soziologie der Angst. Konzeptuelle Grundlagen, soziale Bedingungen und empirische Analysen*, Wiesbaden: Springer VS.
- Delhey, J./Böhnke, P. (2000): »Führt die materielle zur inneren Einheit? Zum Verhältnis von Wohlstandslage und subjektivem Wohlbefinden«, in: H.-H. Noll/R. Habich (Hg.), *Vom Zusammenwachsen einer Gesellschaft. Analysen zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland*, Frankfurt a. M.: Campus, S. 83–103.
- Delhey, J./Schneickert, C./Steckermeier, L. C. (2017): »Sociocultural Inequalities and Status Anxiety: Redirecting the Spirit Level Theory«, in: *International Journal of Comparative Sociology* 58, S. 215–240. DOI: 10.1177/0020715217713799
- Elchardus, M./Spruyt, B. (2016): »Populism, Persistent Republicanism and Declinism. An Empirical Analysis of Populism as a Thin Ideology«, in: *Government and Opposition* 51, S. 111–133. DOI: 10.1017/gov.2014.27

- Erikson, R./Goldthorpe, J. H. (1992): *The Constant Flux. A Study of Class Mobility in Industrial Societies*, Oxford: Clarendon Press.
- Flecker, J./Hentges, G./Balazs, G. (2007): »Potentials of Political Subjectivity and the Various Approaches to the Extreme Right: Findings of the Qualitative Research«, in: J. Flecker (Hg.), *Changing Working Life and the Appeal of the Extreme Right*, Aldershot: Ashgate, S. 35–62.
- Geiger, T. (1930): »Panik im Mittelstand«, in: *Die Arbeit* 7, S. 637–654.
- Geiger, T. (1960): *Die Gesellschaft zwischen Pathos und Nüchternheit*, Kopenhagen: Munksgaard.
- Gest, J. (2016): *The New Minority: White Working Class Politics in an Age of Immigration and Inequality*, New York: Oxford University Press.
- Gest, J./Reny, T./Mayer, J. (2017): »Roots of the Radical Right: Nostalgic Deprivation in the United States and Britain«, in: *Comparative Political Studies* 51 (13), S. 1694–1719. Online First. DOI: 10.1177/0010414017720705
- Giddens, A. (1991): *Modernity and Self-Identity: Self and Society in the Late Modern Age*, Stanford, CA: Stanford University Press.
- Gidron, N./Hall, P. (2017): »The Politics of Social Status: Economic and Cultural Roots of the Populist Right«, in: *British Journal of Sociology* 68, S. 57–84.
- Goodhart, D. (2017): *The Road to Somewhere: The Populist Revolt and the Future of Politics*, London: Hurst.
- Hawkins, K./Riding, S./Mudde, C. (2012): *Measuring Populist Attitudes*. Political Concepts Committee on Concepts and Methods Working Paper Series 55. www.concepts-methods.org (zuletzt geprüft: 16.01.2019).
- Hilmer, R./Kohlrausch, B./Müller-Hilmer, R./Gagné, J. (2017): *Einstellung und soziale Lebenslage. Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern*. Working Paper 044, Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
- Hobolt, S. B. (2016): »The Brexit Vote: A Divided Nation, a Divided Continent«, in: *Journal of European Public Policy* 23, S. 1259–1277. DOI: 10.1080/13501763.2016.1225785
- Hochschild, A. R. (2016): *Strangers in their Own Land*, New York: New Press.
- Hogg, M. (2000): »Subjective Uncertainty Reduction through Self-Categorization: A Motivational Theory of Social Identity Processes«, in: *European Review of Social Psychology* 11, S. 223–255. DOI: 10.1080/14792772043000040
- Inglehart, R./Norris, P. (2016): *Trump, Brexit, and the Rise of Populism: Economic Have-nots and Cultural Backlash*. Harvard Kennedy School Faculty Research Working Paper Series, RWP16-026.

- Jacobs, K./Akkerman, A./Zaslove, A. (2018): »The Voice of Populist People? Referendum Preferences, Practices and Populist Attitudes«, in: *Acta Politica* 53/4, S. 517–541. Online First. DOI 10.1057/s41269-018-0105-1
- Koppetsch, C. (2017): »Rechtspopulismus, Etablierte und Außenseiter: emotionale Dynamiken sozialer Deklassierung«, in: *Leviathan Sonderband* 32, S. 208–232. DOI: 10.5771/9783845287843-207
- Kraemer, K. (2010): »Abstiegsängste in Wohlstandslagen«, in: N. Burzan/P. A. Berger (Hg.), *Dynamiken (in) der gesellschaftlichen Mitte*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 201–230. DOI: 10.1007/978-3-531-92514-1_10
- Kraemer, K. (2018): »Sehnsucht nach dem nationalen Container. Zur symbolischen Ökonomie des neuen Nationalismus in Europa«, in: *Leviathan* 46, S. 280–302. DOI: 10.5771/0340-0425-2018-2-280
- Kriesi, H./Grande, E./Lachat, R./Dolezal, M./Bornschieer, S./Frey, T. (2008): *West European Politics in the Age of Globalization*, Cambridge: Cambridge University Press. DOI: 10.1017/CBO9780511790720
- Lengfeld, H. (2017): »Die »Alternative für Deutschland: eine Partei für Modernisierungsverlierer?«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 69, S. 209–232. DOI: 10.1007/s11577-017-0446-1
- Lengfeld, H./Dilger, C. (2018): »Kulturelle und ökonomische Bedrohung. Eine Analyse der Ursachen der Parteiidentifikation mit der »Alternative für Deutschland« mit dem Sozio-oekonomischen Panel 2016«, in: *Zeitschrift für Soziologie* 47, S. 181–199. DOI: 10.1515/zfsoz-2018-1012
- Lengfeld, H./Ordemann, J. (2017): »Der Fall der Abstiegsangst, oder: Die mittlere Mittelschicht als sensibles Zentrum der Gesellschaft. Eine Trendanalyse 1984–2014«, in: *Zeitschrift für Soziologie* 46, S. 167–184. DOI: 10.1515/zfsoz-2017-1010
- Lipset, S. M. (1955): »The Radical Right: A Problem for American Democracy«, in: *The British Journal of Sociology* 6, S. 176–209. DOI: 10.2307/587483
- Lübke, C./Erlinghagen, M. (2014): »Self-perceived Job Insecurity across Europe over Time: Does Changing Context Matter?«, in: *Journal of European Social Policy* 24, S. 319–336. DOI: 10.1177/0958928714538215
- Luhmann, N. (1997): *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Mudde, C. (2004): »The Populist Zeitgeist«, in: *Government and Opposition* 39, S. 542–563. DOI: 10.1111/j.1477-7053.2004.00135.x

- Mudde, C. (2016): »Europe's Populist Surge. A Long Time in the Making«, in: *Foreign Affairs* 95, S. 25–30.
- Mudde, C./Kaltwasser, C. R. 2018: »Studying Populism in Comparative Perspective: Reflections on the Contemporary and Future Research Agenda«, in: *Comparative Political Studies* 51 (13), S. 1667–1693. Online First. DOI: 10.1177/0010414018789490
- Müller, J.-W. (2016): *What is Populism?*, Philadelphia: University of Pennsylvania Press. DOI: 10.9783/9780812293784
- Nachtwey, O. (2016): *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*, Berlin: Suhrkamp.
- Oesch, D. (2008): »Explaining Workers' Support for Right-Wing Populist Parties in Western Europe: Evidence from Austria, Belgium, France, Norway, and Switzerland«, in: *International Political Science Review* 29, S. 349–373. DOI: 10.1177/0192512107088390
- Oliver, J. E./Rahn, W. M. (2016): »Rise of the Trumpenvolk: Populism in the 2016 Election«, in: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science* 667, S. 189–206. DOI: 10.1177/0002716216662639
- Reckwitz, A. (2017): *Die Gesellschaft der Singularitäten*, Berlin: Suhrkamp.
- Rico, G./Guinjoan, M./Anduiza, E. (2017): »The Emotional Underpinnings of Populism: How Anger and Fear Affect Populist Attitudes«, in: *Swiss Political Science Review* 23, S. 444–461. DOI: 10.1111/spsr.12261
- Rippl, S./Baier, D. (2005): »Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung. Eine vergleichende Analyse«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 57, S. 644–666. DOI: 10.1007/s11577-005-0219-0
- Rippl, S./Seipel, C. (2018): »Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie. Was erklärt rechtspopulistische Orientierungen?«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70, S. 237–254. DOI: 10.1007/s11577-018-0522-1
- Rooduijn, M. (2014a): »Vox Populismus: A Populist Radical Right Attitude among the Public?«, in: *Nations and Nationalism* 20, S. 80–92. DOI: 10.1111/nana.12054
- Rooduijn, M. (2014b): »The Mesmerising Message: The Diffusion of Populism in Public Debates in Western European Media«, in: *Political Studies* 62, S. 726–744. DOI: 10.1111/1467-9248.12074
- Rooduijn, M./Akkerman, T. (2017): »Flank attacks: Populism and Left-Right Radicalism in Western Europe«, in: *Party Politics* 23, S. 193–204. DOI: 10.1177/1354068815596514

- Rooduijn, M./Burgoon, B. (2017): »The Paradox of Wellbeing: Do Unfavorable Socioeconomic and Sociocultural Contexts Deepen or Dampen Radical Left and Right Voting Among the Less Well-Off?«, in: *Comparative Political Studies* 51 (13), S. 1720–1753. Online First. DOI: 10.1177/0010414017720707
- Runciman, W. G. (1966): *Relative Deprivation and Social Justice. A Study of Attitudes to Social Inequality in Twentieth Century England*, London: Routledge & Keagan Paul.
- Salmela, M./von Scheve, C. (2017): »Emotional Roots of Right-Wing Political Populism«, in: *Social Science Information* 56, S. 567–595. DOI: 10.1177/0539018417734419
- Schimank, U. (2005): *Die Entscheidungsgesellschaft. Komplexität und Rationalität der Moderne*, Wiesbaden: VS. DOI: 10.1177/0539018417734419
- Schimank, U./Mau, S./Groh-Samberg, O. (2014): *Statusarbeit unter Druck? Zur Lebensführung der Mittelschichten*, Weinheim: Beltz Juventa.
- Spierings, N./Zaslove, A. (2017): »Gender, Populist Attitudes, and Voting: Explaining the Gender Gap in Voting for Populist Radical Right and Populist Radical Left Parties.«, in: *West European Politics* 40, S. 821–847. DOI: 10.1080/01402382.2017.1287448
- Spruyt, B./Keppens G./Van Droogenbroeck, F. (2016): »Who Supports Populism and What Attracts People to It?«, in: *Political Research Quarterly* 69, S. 335–346. DOI: 10.1177/1065912916639138
- Steenvoorden, E./Harteveld, E. (2018): »The Appeal of Nostalgia: The Influence of Societal Pessimism on Support for Populist Radical Right Parties«, in: *West European Politics* 41, S. 28–52. DOI: 10.1080/01402382.2017.1334138
- Taggart, P. (2000): *Populism*, Buckingham: Open University Press.
- van Hauwaert, S. M./van Kessel, S. (2018): »Beyond Protest and Discontent: A Cross-national Analysis of the Effect of Populist Attitudes and Issue Positions on Populist Party Support«, in: *European Journal of Political Research* 57, S. 68–92. DOI: 10.1111/1475-6765.12216
- van Kessel S. (2015): *Populist Parties in Europe: Agents of Discontent?*, Basingstoke: Palgrave Macmillan. DOI: 10.1057/9781137414113
- Vehrkamp, R./Wratil, C. (2017): *Die Stunde der Populisten? Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern vor der Bundestagswahl 2017*, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Wodak, R. (2015): *The Politics of Fear: What Right-Wing Populist Discourses Mean*, London: Sage. DOI: 10.4135/9781446270073.

Anhang

Tabelle A1: Populismus-Index und Subindizes

	≤2	2 bis 4	>4	Mittelwert	Std. Abw.
	Anteile in % (gültige Prozente)				
Index Volkssouveränität	6,5	68,5	25,0	3,6	0,88
Index Anti-Pluralismus	9,9	71,6	18,4	3,4	0,91
Index Anti-Establishment	12,8	68,5	18,7	3,3	0,93
Gesamindex Populismus	3,5	74,5	22,1	3,5	0,77

Anmerkung: Summenindizes auf Basis der Items in Tabelle 1. Die Indizes können jeweils Werte zwischen 1 und 5 annehmen, wobei höhere Werte eine ausgeprägtere populistische Einstellung wiedergeben. Daten: GLES 2017 (gewichtet)

Tabelle A2: Regressionsmodelle (Determinanten populistischer Einstellungsmuster) mit alternativer Messung von Statussorgen

	M1		M2		M3		M4		M5	
<i>Geschlecht (Ref.: Frau)</i>										
Mann	-0,04		-0,03		-0,03		-0,01		-0,00	
	(0,05)		(0,05)		(0,05)		(0,05)		(0,05)	
<i>Alter</i>	0,04		0,04		0,04		0,03		0,03	
	(0,00)		(0,00)		(0,00)		(0,00)		(0,00)	
<i>Region (Ref.: West-deutschland)</i>										
Ostdeutschland	0,17	***	0,17	***	0,13	***	0,15	***	0,12	***
	(0,05)		(0,05)		(0,05)		(0,05)		(0,05)	
<i>Haushaltsnetto-einkommen</i>	-0,07		-0,06		-0,03		-0,04		-0,01	
	(0,01)		(0,01)		(0,01)		(0,01)		(0,01)	
<i>Haushaltsgröße</i>	0,02		0,02		0,01		0,02		0,00	
	(0,02)		(0,02)		(0,02)		(0,02)		(0,02)	
<i>Schicht (Ref.: mittlere Mitte)</i>										
Oberschicht	-0,10	**	-0,10	**	-0,09	**	-0,10	**	-0,09	**
	(0,09)		(0,09)		(0,09)		(0,09)		(0,09)	

	M1		M2		M3		M4		M5	
obere Mitte	-0,06		-0,0		-0,05		-0,04		-0,03	
	(0,06)		(0,06)		(0,06)		(0,06)		(0,06)	
untere Mitte	0,13	***	0,12	***	0,12	***	0,13	***	0,11	***
	(0,08)		(0,08)		(0,08)		(0,08)		(0,08)	
Unterschicht 1	0,05		0,05		0,03		0,04		0,02	
	(0,10)		(0,10)		(0,10)		(0,10)		(0,10)	
Unterschicht 2	0,08	*	0,08	*	0,07	*	0,06	*	0,05	
	(0,12)		(0,12)		(0,12)		(0,12)		(0,12)	
<i>Bildung</i> (Ref.: mittlere Reife)										
Hauptschule/ ohne Abschluss	-0,03		-0,02		-0,03		-0,04		-0,03	
	(0,07)		(0,07)		(0,07)		(0,07)		(0,07)	
Hochschulreife	-0,22	***	-0,23	***	-0,21	***	-0,21	***	-0,21	***
	(0,06)		(0,06)		(0,06)		(0,06)		(0,06)	
Links-Rechts- Selbsteinstufung	0,03		0,03		0,03		0,03		0,02	
	(0,01)		(0,01)		(0,01)		(0,01)		(0,01)	
Sorge vor Arbeits- platzverlust			0,01						0,01	
			(0,12)						(0,12)	
Ungerechtigkeits- empfinden					0,18	***			0,14	***
					(0,04)				(0,04)	
gefühlter Kontrollverlust							0,21	***	0,20	***
							(0,02)		(0,02)	
adj. R ²	0,198		0,198		0,219		0,236		0,252	
N	821		821		821		821		821	

Anmerkungen: OLS Regression mit Konstante. Standardfehler in Klammern. Dargestellt sind standardisierte Koeffizienten. Signifikanzniveaus: * $p < 0,05$, ** $p < 0,01$, *** $p < 0,001$ (zweiseitige Tests). Die Fallzahl ist über alle Modell hinweg konstant gehalten. Abhängige Variable ist der Populismus-Index, der Werte zwischen 1 und 5 annehmen kann (hoher Wert = ausgeprägte populistische Einstellung). Daten: GLES 2017

Tabelle A3: Deskriptive Statistik (Variablenbeschreibung)

Variable	N	Mittelwert/ Anteil	Std. Abw.
<i>Populistische Einstellung</i>			
Populismus-Index (Index: 1-5)	1 793	3,43	0,747
Subindex: Volkssouveränität (Index: 1-5)	2 155	3,55	0,903
Subindex: Anti-Pluralismus (Index: 1-5)	1 852	3,38	0,912
Subindex: Anti-Establishment (Index: 1-5)	2 072	3,34	0,915
<i>Geschlecht</i>			
Frau	1 094	50,2 %	
Mann	1 085	49,8 %	
Alter (metrisch)	2 179	51,22	19,074
<i>Region</i>			
Westdeutschland	1 458	66,9 %	
Ostdeutschland	721	33,1 %	
<i>Einkommen</i>			
Haushaltsnettoeinkommen (Skala: 1-13) (Skala von 1 = unter 500, 13 = 10.000 und mehr)	1 866	7,55	2,532
Haushaltsgröße	2 177	2,50	1,245
<i>Schicht (EGP Berufsklassen Schema)</i>			
Oberschicht: oberen Dienstklasse (I)	109	5,1 %	
obere Mitte: untere Dienstklasse (II)	291	13,7 %	
mittlere Mitte: kleine Selbständige (IVa, b) und gehobene Routineangestellte (IIIa)	392	18,4 %	
untere Mitte: Facharbeiter (VI) und Techniker/ Vorarbeiter (V)	158	7,4 %	
Unterschicht 1: Routineangestellten (IIIb)	93	4,4 %	
Unterschicht 2: an- oder ungelernte Arbeiter (VIIa, b)	66	3,1 %	
arbeitslos	56	2,6 %	
nicht erwerbstätig	962	45,2 %	
<i>Bildung</i>			
Hauptschulabschluss/ohne Abschluss	524	24,9 %	
mittlere Reife	902	42,9 %	
Hochschulreife	676	32,2 %	

Variable	N	Mittelwert/ Anteil	Std. Abw.
Links-rechts-Selbsteinstufung (Skala: 1-11) (1= links, 11= rechts)	2 015	5,39	1,876
<i>Statussorgen</i>			
materielle Sorgen (Skala: 1-5): eigene wirtschaftliche Lage prospektiv (1= wesentlich besser, 5= wesentlich schlechter)	2 119	2,87	0,626
Angst vor Stellenverlust/Angst vor Betriebsverlust (0/1) (1= nein, 2 = Angst arbeitslos zu werden, 3 = Angst Stelle wechseln zu müssen, 4 = beides) umcodiert in 0 = keine Angst & Angst Stelle wechseln zu müssen (1 & 3), 1 = Angst arbeitslos zu werden & beides (2 & 4)	1 140	0,05	0,207
<i>egozentriertes Ungerechtigkeitsempfinden</i>			
materielles Ungerechtigkeitsempfinden /Anteil im Vergleich zu anderen (Skala: 1-5) (1= viel mehr als den gerechten Anteil, 5= viel weniger als den gerechten Anteil)	2 105	3,34	0,743
<i>gefühlter Kontrollverlust (Kontingenzzunahme)</i>			
gefühlter Kontrollverlust (Skala: 1-5): Unübersichtlichkeit der Welt (1= trifft überhaupt nicht zu, 5= trifft voll und ganz zu)	2 153	3,19	1,135

Daten: GLES 2017

